

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 21.05.2019

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 21:28 Uhr

Ratsmitglieder: (in Klammern verhindert)

(Herr Bader)	Herr Kühn
Herr Bley	Herr Lehmann
Herr Dr. Blöcker	Herr Manlik
Herr Böttcher	Herr Merfort
Herr Bratmann	Herr Möller
(Herr Bratschke)	Herr Dr. Mühlnickel
Frau Buchholz	Herr Dr. Müller
Herr Dr. Dr. Büchs	Frau Mundlos
(Herr Disterheft)	Frau Naber
Herr Dobberphul	Frau Ohnesorge
Herr Edelmann	Frau Palm
Frau Dr. E. Flake	Herr Rosenbaum
Herr F. Flake	Herr Schatta
Herr Graffstedt	Herr Scherf
Frau Gries	Frau Schneider
Herr M.Hahn	Herr Scholze
(Frau S. Hahn)	Herr Schrader
Herr Hinrichs	Frau Schütze
Frau vom Hofe	(Frau Seiffert)
Frau Ihbe	Herr Sommerfeld
Frau Jalyschko	Herr Türkmen
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Dr. Vollbrecht
Frau Johannes	Herr Weber
(Herr Jordan)	Herr Wendroth
Frau Kaphammel	Herr Wendt
Frau Keller	Frau Willimzig-Wilke
Herr Köster	Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Ruppert
Stadtbaurat Leuer
Dezernentin Dr. Hesse
Stadträtin Dr. Arbogast
Dezernent Leppa

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.04.2019	
3	Mitteilungen	
3.1	Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes Vorstellung der "Leitlinie klimagerechte Bauleitplanung"	19-10088
3.2	Kostengünstige Schülertickets	19-10829
4	Anträge	
4.1	Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig Antrag der BIBS-Fraktion	19-10443
4.1.1	Änderungsantrag zum TOP "Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig" Änderungsantrag der SPD-Fraktion	19-10768
4.1.2	Änderungsantrag zum TOP "Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig" Änderungsantrag der SPD-Fraktion	19-10895
4.1.3	Änderungsantrag zum TOP "Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig" Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	19-10949
4.1.4	Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig Stellungnahme der Verwaltung	19-10443-01
4.2	Aktualisierung der Wohnungsmarktprognose für Braunschweig Antrag der CDU-Fraktion	19-10643
4.2.1	Aktualisierung der Wohnungsmarktprognose für Braunschweig Stellungnahme der Verwaltung	19-10643-01
4.3	Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen Antrag der CDU-Fraktion	19-10642
4.3.1	Änderungsantrag zu 19-10642: Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	19-10765
4.3.2	Bäume an der Jasperallee schnellstmöglich ersetzen, Unfallgefahr minimieren, Sicherheit gewährleisten! - Änderungsantrag zum TOP "Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen" Änderungsantrag der SPD-Fraktion	19-10767
4.4	Aktionsplan für Baumnachpflanzungen Antrag der BIBS-Fraktion	19-10649
4.4.1	Änderungsantrag zu 19-10649: Aktionsplan für Baumnachpflanzungen Änderungsantrag der BIBS.-Fraktion	19-10764
4.4.2	Aktionsplan für Baumnachpflanzungen Stellungnahme der Verwaltung	19-10649-01

4.5	Braunschweig ruft den Klimanotstand aus Antrag der BIBS-Fraktion und der Gruppe Die Fraktion P ²	19-10780
4.5.1	Forderungspapier Fridays for Future Mitteilung der Verwaltung	19-10848
4.6	Beteiligung von Fridays For Future Antrag der Gruppe Die Fraktion P ²	19-10779
4.6.1	19-10848 Forderungspapier Fridays for Future Mitteilung der Verwaltung	
4.7	Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Klimaschutz in Braunschweig" Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Die Grünen und BIBS	19-10782
4.7.1	Den Klimaschutz gemeinsam anpacken: Klimaschutzkonzept fortschreiben, Arbeitskreis "Braunschweig for Future" gründen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke. und der Gruppe Die Fraktion P ²	19-10922
4.8	Verbesserung der Wohnsituation in Braunschweig Antrag der AfD-Fraktion	19-10787
5	Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses	19-10374
5.1	Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses	19-10374-01
6	Umbesetzung in Ausschüssen - Bürgermitglied im Wirtschaftsausschuss	19-10815
7	Berufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt	19-10585
8	Haushaltsvollzug 2019 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	19-10538
9	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	19-10544
10	Rückabwicklung Erbbaurecht Am Lehmanager 14	19-10527
11	Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2019/2020	19-10561
12	Bewerbung als "Modellprojekt Smart City: Stadtentwicklung und Digitalisierung"	19-10742
13	Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift "Willy-Brandt-Platz", 1. Änderung des AW 107, AW 114 Stadtgebiet zwischen Hauptbahnhof, Willy-Brandt-Platz und BraWo-Allee Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	19-10438
14	Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2 Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss	19-10470

14.1	Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2 Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss - Änderungsantrag zur Drucksache 19-10470 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	19-10746
15	Anträge–Fortsetzung (weitere Anträge i. S. v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)	
15.1	Natürliche Vielfalt stärken - Schottergärten vermeiden Antrag der CDU-Fraktion	19-10647
15.1.1	Natürliche Vielfalt stärken - Schottergärten vermeiden Stellungnahme der Verwaltung	19-10647-01
15.2	Kein Plastik in zukünftigen Wahlkämpfen Antrag der BIBS-Fraktion	19-10648
15.2.1	Änderungsantrag zu Ds. 19-10648: Kein Plastik in zukünftigen Wahlkämpfen Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	19-10919
15.2.2	Kein Plastik in zukünftigen Wahlkämpfen Stellungnahme der Verwaltung	19-10648-01
15.3	Vorlage der ersten Version des Flughafengutachtens aus dem Jahr 2017 Antrag der BIBS-Fraktion	19-10685
15.3.1	Vorlage der ersten Version des Flughafengutachtens aus dem Jahr 2017 Stellungnahme der Verwaltung	19-10685-01
15.4	Dorfgemeinschaftshaus Rautheim Antrag der BIBS-Fraktion	19-10786
16	Anfragen	
16.1	Die Braunschweigische Landessparkasse als "Bank für die Region" - Wie steht es um die mögliche Eigenständigkeit der BLSK? Anfrage der SPD-Fraktion	19-10784
16.1.1	Die Braunschweigische Landessparkasse als "Bank für die Region" - Wie steht es um die mögliche Eigenständigkeit der BLSK?	19-10784-01
16.2	Gelebte Unterstützung für Kiryat Tivon Anfrage der AfD-Fraktion	19-10783
16.2.1	Gelebte Unterstützung für Kiryat Tivon	19-10783-01
16.3	Energiearmut in Braunschweig Anfrage der Fraktion Die Linke.	19-10769
16.3.1	Energiearmut in Braunschweig	19-10769-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Tagesordnung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Er teilt mit, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

- Zu TOP 4.1: Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig
Änderungsanträge 19-10895 und 19-10949
- Zu TOP 4.2: Aktualisierung der Wohnungsmarktprognose für Braunschweig
Stellungnahme 19-10643-01
- Zu TOP 4.5 und 4.6: Forderungspapier Fridays for Future
Mitteilung 19-10848
- Zu TOP 4.7: Klimaschutz in Braunschweig
Antrag 19-10922
- Zu TOP 5: Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses
Ergänzung 19-10374-01
- Zu TOP 6: Umbesetzung in Ausschüssen - Bürgermitglied im Wirtschaftsausschuss
Vorlage 19-10815
- Zu TOP 15.2: Kein Plastik in zukünftigen Wahlkämpfen
Änderungsantrag 19-10919

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt mit, dass der Ältestenrat empfiehlt die Mitteilung unter TOP 3.1 gemeinsam mit den Anträgen unter den Tagesordnungspunkten 4.5, 4.6 und 4.7 zu behandeln. Er teilt ferner mit, dass der Ältestenrat empfiehlt, den Tagesordnungspunkt 4.8 nach Tagesordnungspunkt 4.2 zu behandeln. Ratsvorsitzender Graffstedt schlägt vor, den Empfehlungen des Ältestenrates zu folgen.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung die Tagesordnungspunkte 17 bis 19 vorgesehen sind und stellt fest, dass hiergegen kein Widerspruch erhoben wird und der Rat einverstanden ist, so zu verfahren. Er lässt anschließend über die geänderte Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:06 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.04.2019

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 02.04.2019 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen

3.1. Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes 19-10088 Vorstellung der "Leitlinie klimagerechte Bauleitplanung"

Die Behandlung der Mitteilung 19-10088 erfolgt gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 4.5, 4.6 und 4.7.

3.2. Kostengünstige Schülertickets 19-10829

Zu der Mitteilung findet auf Antrag von Ratsfrau Ohnesorge von 14:07 Uhr bis 14:30 Uhr Aussprache statt.

Ergebnis:

Die Mitteilung 19-10829 wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

- | | |
|---|--------------------|
| 4.1. Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig | 19-10443 |
| Antrag der BIBS-Fraktion | |
| 4.1.1. Änderungsantrag zum TOP "Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig" | 19-10768 |
| Änderungsantrag der SPD-Fraktion | |
| 4.1.2. Änderungsantrag zum TOP "Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig" | 19-10895 |
| Änderungsantrag der SPD-Fraktion | |
| 4.1.3. Änderungsantrag zum TOP "Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig" | 19-10949 |
| Änderungsantrag der BIBS-Fraktion | |
| 4.1.4. Bezahlbarer Wohnraum für Braunschweig | 19-10443-01 |
| Stellungnahme der Verwaltung | |

Ratsherr Dr. Dr. Büchs bringt den Änderungsantrag 19-10949 ein und erklärt, dass dieser den Antrag 19-10443 ersetzt. Ratsfrau Palm bringt den Änderungsantrag 19-10895 ein und erklärt, dass dieser den Änderungsantrag 19-10768 ersetzt. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 19-10895 und im Anschluss daran über den Änderungsantrag 19-10949 abstimmen.

Beschluss Änderungsantrag 19-10895:

„Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen eines dialogorientierten Prozesses begleitet durch das Bündnis für Wohnen, eine Konzeption für eine verstärkte Flächenvorsorge zu entwickeln.“

In diesem Zusammenhang sollen auch die bereits beschlossenen Instrumente, die im „Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen“ festgeschrieben worden sind, evaluiert und bei Bedarf angepasst werden.

Dabei wird das Bündnis für Wohnen wie in der Phase der Erarbeitung des Handlungskonzeptes für bezahlbares Wohnen durch eine externe Moderation unterstützt.“

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Enthaltungen beschlossen

Beschluss Änderungsantrag 19-10949:

„1. Die Stadt Braunschweig verfolgt künftig die Strategie, Flächen für Neubaugebiete bereits im Vorfeld möglichst vollständig zu übernehmen. Durch die Steuerung der Bodenbevorratung der Stadt soll eine dem „Allgemeinwohl dienende sozialgerechte Bodennutzung“ gewährleistet werden, wie sie in §1 Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) gefordert wird. Auch die „Förderung sozial stabiler Bevölkerungsstrukturen“ und die Anforderungen „kostensparenden Bauens“ sollen in der Bauleitplanung künftig besondere Berücksichtigung finden (§1 BauGB).
2. Die Umsetzung dieser Strategie wird durch das „Bündnis für Wohnen“ begleitet und soll bei der in Ds. 17-03839 angekündigten Evaluation des Handlungskonzeptes, deren Ergebnisse dem Rat Ende 2019 vorgelegt werden sollen, ebenso Berücksichtigung finden wie bei der in der Stellungnahme zum CDU-Antrag (Ds. 19-10643-01) angekündigten Fortschreibung des Wohnraumversorgungskonzeptes.
3. Die im SPD-Änderungsantrag Ds. 19-10895 genannten Aspekte werden im Rahmen des dialogorientierten Prozesses zwischen Verwaltung und "Bündnis für Wohnen" aufgegriffen.“

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Fürstimmen **abgelehnt**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-10443-01 wird zur Kenntnis genommen.

**4.2. Aktualisierung der Wohnungsmarktprognose für Braunschweig
Antrag der CDU-Fraktion 19-10643****4.2.1. Aktualisierung der Wohnungsmarktprognose für Braunschweig
Stellungnahme der Verwaltung 19-10643-01**

Ratsherr Hinrichs bringt den Antrag 19-10643 ein, begründet diesen und erklärt am Ende seines Redebeitrages, dass der Antrag zurückgezogen wird.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-10643-01 wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag 19-10643 wird vom Antragsteller zurückgezogen.

**4.8. Verbesserung der Wohnsituation in Braunschweig
Antrag der AfD-Fraktion 19-10787**

Ratsherr Dr. Müller bringt den Antrag ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Antrag 19-10787 abstimmen.

Beschluss:**Der Rat der Stadt möge beschließen:**

„(1) Zur Verbesserung der Wohnraumsituation in Braunschweig kontaktiert die Verwaltung alle Besitzer von Baugrundstücken, die zwar von der Stadt die Genehmigung zum Bau eines Wohnhauses erhalten haben, doch ihrer Verpflichtung zum Bau des beantragten Wohnhauses - aus welchen Gründen auch immer - noch nicht nachgekommen sind. Sie sollen aufgefordert werden, unverzüglich mit dem beantragten Bau zu beginnen oder das Baugrundstück zu veräußern. Bei Nichtbefolgung soll das gesetzlich vorgesehene Bußgeld verhängt werden, das in der Größenordnung des durch Nicht-Bauen leistungslos erzielten Spekulationsgewinns zu liegen hat.

(2) Ferner erlässt die Stadt eine Erhaltungssatzung zum Schutz der "gebietsansässigen Bevölkerung", das ihr ein Vorkaufsrecht für Immobilien von Mietwohnungen sichert, über das sie von Fall zu Fall entscheiden kann.“

Abstimmungsergebnis:

bei fünf Fürstimmen **abgelehnt**

**4.3. Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen
Antrag der CDU-Fraktion 19-10642****4.3.1. Änderungsantrag zu 19-10642: Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion 19-10765****4.3.2. Bäume an der Jasperallee schnellstmöglich ersetzen, Unfallgefahr minimieren, Sicherheit gewährleisten! - Änderungsantrag zum TOP "Vorrang für Sicherheit - Neupflanzungen in der Jasperallee beschleunigen"
Änderungsantrag der SPD-Fraktion 19-10767**

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu dem Antrag 19-10642 die Änderungsanträge 19-10765 und 19-10767 vorliegen und im Rahmen der Vorberatung im Verwaltungsausschuss zu den Anträgen 19-10642 und 19-10767 eine gemeinsame, geänderte Beschlussempfehlung abgegeben wurde. Der Antrag 19-10642 wird von Ratsfrau Mundlos, der Änderungsantrag 19-10765 von Ratsherrn Dr. Dr. Büchs und der Änderungsantrag 19-10767 von Ratsfrau Palm eingebracht und begründet. Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender zunächst über den Änderungsantrag 19-10765 abstimmen. Im Anschluss stellt er zu dem Antrag 19-10642 und dem Änderungsantrag 19-10767 den geänderten gemeinsamen Beschlusstext zur Abstimmung.

Beschluss Änderungsantrag 19-10765:

- „1. Der Ratsbeschluss zur Neugestaltung der Jasperallee (DS-Nr.18-08855 "Neugestaltung des Mittelstreifens auf der unter Denkmalschutz stehenden Jasperallee im Abschnitt zwischen Ring und Staatstheater") vom 6. November 2018 wird aufgehoben.
2. Soweit dies als Ergebnis der von der Verwaltung angekündigten Zugversuche aus Sicherheitsgründen erforderlich ist, erfolgt schnellstmöglich die Entnahme der entsprechenden Bäume aus den weiteren beiden Abschnitten bis zum Ring.
3. [entfällt].“

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Fürstimmen und wenigen Enthaltungen **abgelehnt**

Beschluss Antrag 19-10642 und Änderungsantrag 19-10767 (geändert, gleichlautend):

„1. Der Ratsbeschluss zur Neugestaltung der Jasperallee (DS-Nr.18-08855 "Neugestaltung des Mittelstreifens auf der unter Denkmalschutz stehenden Jasperallee im Abschnitt zwischen Ring und Staatstheater") vom 6. November 2018 wird in Bezug auf die zeitliche Planung der Maßnahme aufgehoben.

2. Die Verwaltung wird gebeten, die geplanten noch ausstehenden Maßnahmen der Baumfällungen und Neupflanzungen auf der Jasperallee auf Herbst 2019 vorzuziehen.“

Abstimmungsergebnis (gemeinsame Abstimmung):

bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen beschlossen

4.4. Aktionsplan für Baumnachpflanzungen 19-10649
Antrag der BIBS-Fraktion

4.4.1. Änderungsantrag zu 19-10649: Aktionsplan für Baumnachpflanzungen 19-10764
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion

4.4.2. Aktionsplan für Baumnachpflanzungen 19-10649-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsherr Rosenbaum bringt den Änderungsantrag 19-10764 ein, begründet diesen und erklärt, dass dieser den Antrag 19-10649 ersetzt. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 19-10764 abstimmen.

Beschluss Änderungsantrag 19-10764:

Der Rat möge beschließen:

„1. Die Verwaltung wird gebeten, einen Aktionsplan zu erarbeiten, wie die Baumfällungen und die durch Sturmschäden entwurzelten Bäume der vergangenen Monate und Jahre durch geeignete Nachpflanzungen adäquat kompensiert werden können. Die Maßnahmen sollen zusätzlich zu dem bereits in Umsetzung befindlichen „Konzept zum Ausgleich des Substanzverlustes von 1.105 Bäumen“ (Ds. 17-05993) sowie den im letzten Sachstandsbericht (Ds. 19-10298 im Grünflächenausschuss vom 12.03.2019) genannten weiteren Maßnahmen erfolgen.

Das so zu erarbeitende Konzept soll insbesondere darlegen, unter welchen Voraussetzungen, nach welchen Maßstäben, in welchen Bereichen und mit welchen Baumarten Kompensationen unter dem Gesichtspunkt der Biodiversität erfolgen sollen. Des Weiteren soll das Konzept insbesondere Aussagen über einen Zeitrahmen der Kompensationsmaßnahmen wie auch eine Prioritätenliste der zuerst in Angriff zu nehmenden Nachpflanzungen enthalten.

2. Die Verwaltung wird gebeten, dem so zu erarbeitenden Aktionsplan einen Finanzierungsplan, der die Kosten nach Maßnahme aufschlüsselt, zugrunde zu legen.“

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Fürstimmen und wenigen Enthaltungen **abgelehnt**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-10649-01 wird zur Kenntnis genommen.

- | | |
|---|-----------------|
| 3.1. Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes | 19-10088 |
| Vorstellung der "Leitlinie klimagerechte Bauleitplanung" | |
| 4.5. Braunschweig ruft den Klimanotstand aus | 19-10780 |
| Antrag der BIBS-Fraktion und der Gruppe Die Fraktion P² | |
| 4.5.1. Forderungspapier Fridays for Future | 19-10848 |
| Mitteilung der Verwaltung | |
| 4.6. Beteiligung von Fridays For Future | 19-10779 |
| Antrag der Gruppe Die Fraktion P² | |
| 4.6.1. 19-10848 Forderungspapier Fridays for Future | |
| Mitteilung der Verwaltung | |
| 4.7. Einrichtung eines Tagesordnungspunktes "Klimaschutz in | 19-10782 |
| Braunschweig" | |
| Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Die Grünen und BIBS | |
| 4.7.1. Den Klimaschutz gemeinsam anpacken: Klimaschutzkonzept | 19-10922 |
| fortschreiben, Arbeitskreis "Braunschweig for Future" gründen | |
| Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grü- | |
| nen, Die Linke. und der Gruppe Die Fraktion P² | |

Die Mitteilung 19-10088 wird gemeinsam mit den Anträgen unter den Tagesordnungspunkten 4.5, 4.6 und 4.7 behandelt. Ratsfrau Buchholz bringt den Antrag 19-10780 ein und begründet diesen. Ratsherr Bley bringt den Antrag 19-10779 ein, begründet diesen und erklärt, dass Punkt 1 des Beschlussvorschlages zurückgezogen und zu den Punkten 2 und 3 des Beschlussvorschlages die getrennte Abstimmung beantragt wird. Ratsfrau Dr. Flake bringt den Änderungsantrag 19-10922 ein und begründet diesen. Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Antrag 19-10780 abstimmen. Anschließend stellt er die Punkte 2 und 3 des Änderungsantrages 19-10779 getrennt zur Abstimmung. Danach lässt er über den Änderungsantrag 19-10922 abstimmen.

Beschluss Antrag 19-10780:

„Der Rat der Stadt Braunschweig

a) erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.

b) erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

c) berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen, und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ab September 2019 das Kästchen „Auswirkungen auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ und „Nein“ verpflichtender Bestandteil. Wird die Frage mit „Ja, positiv“ oder „Ja, negativ“ beantwortet, muss die jeweilige Auswirkung in Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzbeauftragten und weiteren ExpertInnen in der Begründung dargestellt werden.

d) stellt fest, dass das Ziel einer 40%igen CO₂-Reduktion bis 2020 inklusive des Verkehrssektors im Rahmen des 2010 verabschiedeten Klimaschutzkonzeptes trotz der erzielten kommunalen Erfolge insbesondere auf Grund des überregional geprägten Verkehrssektors nicht erreicht werden kann (siehe 19-10001-01). Da Klimaschutz sich jedoch nicht in rein territorialen Grenzen betrachten lässt und ein großer Teil der durch BraunschweigerInnen verursachten Emissionen außerhalb des Stadtgebiets anfällt, werden die Ziele bereits jetzt - wie insgesamt in Deutschland - verfehlt.

e) fordert den Oberbürgermeister auf, dem Rat der Stadt und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.

f) fordert auch andere Kommunen, Partnerstädte, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, wie die Stadt Braunschweig dem Konstanzer Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht er Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist.

g) fordert auch die städtischen Gesellschaften sowie Organisationen, in denen die Stadt Mitglied ist, dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Rat dazu vor Jahresende Bericht zu erstatten.“

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen **abgelehnt**

Beschluss Antrag 19-10779:

„Der Rat der Stadt Braunschweig unterstützt die Ziele der Initiative "Fridays For Future" Braunschweig (FFF), begrüßt und schätzt ausdrücklich ihr Engagement für ein nachhaltiges Leben. Der Rat nimmt die Anliegen und den Forderungskatalog der Schülerinnen und Schüler sowie der Studentinnen und Studenten ernst und strebt daher mit ihnen einen langfristigen Dialog an zwecks Auseinandersetzung und Beteiligung an den inhaltlichen Zielen des Klima- und Umweltschutzes im kommunalen Kontext.

Dazu erfolgt

- die Einladung an die FFF Braunschweig, an der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes und der Weiterentwicklung der Massnahmen mitzuwirken
- die Einrichtung eines Dauertagesordnungspunkt "Klimaschutz" in einem Fachausschuss und
- die Einladung an die FFF Braunschweig, transparent ihre Sichtweisen und ihr Feedback über die Zusammenarbeit und die Fortschreibung/Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes im Fachausschuss berichten zu können.

Die Verwaltung wird gebeten, sofern dafür weitere Beschlussvorlage(n) notwendig sind, diese zu erstellen und in die Ausschüsse zur Beratung und Abstimmung zu geben.“

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung der drei Punkte:

Punkt 1: **zurückgezogen**

Punkt 2: bei wenigen Fürstimmen und wenigen Enthaltungen **abgelehnt**

Punkt 3: bei drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen **beschlossen**

Beschluss Änderungsantrag 19-10922:

„Der Klimawandel stellt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit dar. Der Rat der Stadt misst daher den Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels eine sehr hohe Priorität und Dringlichkeit zu.

Die Verwaltung wird daher beauftragt,

1. die vom Rat am 6. November 2018 beschlossene Aktualisierung des Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Braunschweig von 2010 mit Nachdruck voranzutreiben und dem Rat zeitnah ein umfassendes Handlungskonzept zur Beschlussfassung vorzulegen;
2. den Forderungskatalog der Umweltbewegung „Fridays for Future“ in Braunschweig zu bewerten und den Ratsgremien eine Beschlussvorlage zum weiteren Vorgehen zuzuleiten;
3. in der genannten Beschlussvorlage einen Vorschlag zur Konstituierung eines Arbeitskreises „Braunschweig for Future“ mit Vertreterinnen und Vertretern aus Rat, Verwaltung, „Fridays for Future“ und regionalen Umweltverbänden sowie externen Fachleuten mit aufzunehmen. Die Verwaltung übernimmt die Geschäftsführung für den Arbeitskreis.“

Abstimmungsergebnis:

bei fünf Gegenstimmen beschlossen

Ergebnis:

Die Mitteilung 19-10088 wird zur Kenntnis genommen.

Um 17:25 Uhr unterbricht Ratsvorsitzender Graffstedt die Sitzung für eine Pause. Nach der Pause übernimmt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber die Sitzungsleitung. Zunächst findet von 18:15 Uhr bis 18:53 Uhr die Einwohnerfragestunde statt. Anschließend wird die Beratung der Tagesordnung mit der Behandlung von Punkt 5 fortgesetzt.

5. Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses 19-10374

5.1. Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses 19-10374-01

Zu Beginn der Aussprache beantragt Ratsherr Wirtz die Beratung des Tagesordnungspunktes in nichtöffentlicher Sitzung. Nach Aussprache über diesen Geschäftsordnungsantrag lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber über den Antrag auf Beratung in nichtöffentlicher Sitzung abstimmen und stellt fest, dass dieser bei fünf Fürstimmen abgelehnt wird. Es findet Aussprache statt. Während dieser stellt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber fest, dass ein Redebeitrag schutzwürdige Interessen der vorgeschlagenen Person berühren und damit einen Ausschluss der Öffentlichkeit begründen könnte. Sie unterbricht daher den Redebeitrag und erklärt, dass die weitere Beratung über diesen Punkt unterbrochen wird. Hiergegen wird kein Widerspruch erhoben. Nach Beratung der weiteren öffentlichen Tagesordnungspunkte sowie der Anfragen wird die Beratung des Tagesordnungspunktes wiedereröffnet.

6. Umbesetzung in Ausschüssen 19-10815
- Bürgermitglied im Wirtschaftsausschuss

Beschluss:

Anstelle von Frau Sabine Kleinke wird Frau Antoinette von Gronefeld als Bürgermitglied in den Wirtschaftsausschuss entsandt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7. Berufung einer Prüferin im Rechnungsprüfungsamt 19-10585

Beschluss:

Die Stadtamtfrau Steffi Hartmann wird gem. § 154 Abs. 2 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes - NKomVG - zur Prüferin beim Rechnungsprüfungsamt berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8. Haushaltsvollzug 2019 19-10538
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € 19-10544

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10. Rückabwicklung Erbbaurecht Am Lehmanager 14**19-10527****Beschluss:**

„Der Rückabwicklung des Erbbaurechtes Am Lehmanager 14 wird auf Grundlage der in der Vorlage 19-10528 näher dargestellten Konditionen zugestimmt. “

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

11. Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2019/2020**19-10561**

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber lässt nach Aussprache über die Vorlage 19-10561 abstimmen.

Beschluss:

1. Den in den Anlagen A und B dargestellten Angebotsanpassungen zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2019/2020 wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, diese Angebotsanpassungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sowie eventuell noch darüber hinaus erforderliche Gruppenveränderungen kostenneutral umzusetzen.

3. Stellen sich zu Beginn des neuen Kindergarten- bzw. Schuljahres derzeit noch nicht erkennbare Änderungen in der Belegungssituation dar, so sollen Angebotsanpassungen kostenneutral im lfd. Kindergarten- bzw. Schuljahr 2019/2020 im Einvernehmen mit dem Träger realisiert werden. Der Jugendhilfeausschuss wird im 4. Quartal 2019 über die vorgenommenen Änderungen unterrichtet.

4. Angebotsanpassungen in städtischen Kindertagesstätten und Schulkindbetreuungseinrichtungen haben Auswirkungen auf den jeweiligen Personal- und Stellenbedarf. Die Stellenanpassungen werden im Rahmen des Stellenplanverfahrens berücksichtigt. Die Finanzierung erfolgt aus den im Budget zur Verfügung stehenden jeweiligen Sachmitteln.

Abstimmungsergebnis:

bei sechs Enthaltungen beschlossen

12. Bewerbung als "Modellprojekt Smart City: Stadtentwicklung und Digitalisierung"**19-10742**

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber lässt nach Aussprache über die Vorlage 19-10742 abstimmen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Braunschweig unterstützt nachdrücklich und vollumfänglich die Bewerbung als „Modellprojekt Smart Cities“ beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI).

2. Als ideale Voraussetzung der Bewerbung wird das in einem umfangreichen partizipativen Prozess entwickelte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) angesehen.

3. Gemäß dem ISEK wird der Terminus Smart City hierbei als Oberbegriff für ganzheitliche und integrierte Entwicklungskonzepte verstanden, die darauf abzielen, die Stadt effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zu gestalten. Diese Konzepte sollen technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen beinhalten und für alle Anspruchsgruppen und Akteure bedarfsorientierte Lösungen für zentrale Fragestellungen der Stadtentwicklung bieten.
4. Die Bewerbung erfolgt in der Kenntnis, dass durch die Stadt Braunschweig finanzielle Eigenmittel i. H. v. 35 % für die Entwicklung und für die Umsetzung der Smart City Strategie aufgebracht werden müssen. Diese Mittel werden in den städtischen Haushalt eingebracht.
5. Der Standort Braunschweig verbindet Tradition mit Hochtechnologie. Die Technische Universität sowie zahlreiche international renommierte Forschungseinrichtungen sorgen dafür, dass Braunschweig zu den forschungsintensivsten Regionen Europas gehört. Eine enge Zusammenarbeit mit den Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen wird daher auch bei diesem Vorhaben angestrebt. Es erfolgt darüber hinaus eine Einbindung verschiedener Wirtschaftsakteure sowie die Beteiligung weiterer Institutionen wie Verbände, Vereine, Bildungsträger und der Stadtbevölkerung, um den geforderten partizipativen Prozess abzubilden.
6. Hierbei steht neben dem Ziel, auch regionale Kooperationen einzugehen und regionale Lösungen zu erarbeiten, grundsätzlich die Gesamtstadt im Fokus der Bemühungen. Wo bei jedoch projekt- bzw. themenbezogen auch kleinräumigere Maßnahmen umgesetzt werden sollen.
7. Im Falle einer erfolgreichen Bewerbung verpflichtet sich die Stadt Braunschweig zudem, am Wissens- und Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen teilzunehmen, um am modellhaften Lernen zu partizipieren

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

- | | |
|---|------------------------|
| <p>13. Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
"Willy-Brandt-Platz", 1. Änderung des AW 107, AW 114
Stadtgebiet zwischen Hauptbahnhof, Willy-Brandt-Platz und Bra-
Wo-Allee
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss</p> | <p>19-10438</p> |
|---|------------------------|

Beschluss:

- „1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (2) BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gemäß der Anlage Nr. 6 zu behandeln.
2. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan „Willy-Brandt-Platz“, 1. Änderung des AW 107, AW 114, bestehend aus der Planzeichnung, dem zugehörigen Vorhaben- und Erschließungsplan mit Erläuterungsbericht und den textlichen Festsetzungen wird in der während der Sitzung ausgehängten Fassung gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei einer Enthaltung beschlossen

Während der Beratung von Punkt 14 übernimmt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelman die Sitzungsleitung.

- 14. Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2** **19-10470**
Stadtgebiet zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss

- 14.1. Aufhebungssatzung für den Bebauungsplan LE 2 Stadtgebiet** **19-10746**
zwischen Merziger Straße, Saarbrückener Straße, Bortfelder Stieg, Hannoversche Straße und St.-Ingbert-Straße
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss - Änderungsantrag zur Drucksache 19-10470
Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsfrau Gries bringt den Änderungsantrag 19-10746 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann zunächst über den Änderungsantrag 19-10746 und im Anschluss daran über die Vorlage 19-10470 abstimmen.

Beschluss Änderungsantrag 19-10746:

Die Drucksache 19-10470 wird um folgenden Punkt ergänzt:

„4. Um die wesentlichen Charakteristika der bisherigen Siedlungsstruktur zu erhalten, wird die Verwaltung beauftragt, für den Geltungsbereich dieser Aufhebungssatzung einen neuen Bebauungsplan oder eine örtliche Bauvorschrift zu erstellen. Dabei soll insbesondere eine Abwägung zwischen dem Erhalt der historischen Siedlungsstruktur gerade auch im Hinblick auf die Gärten und Grünflächen und den berechtigten Interessen der Eigentümer*innen nach einem zeitgemäßen Umbau bzw. einer Erweiterung der Häuser im Mittelpunkt stehen.“

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Fürstimmen **abgelehnt**

Beschluss Vorlage 19-10470:

- "1. Die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB eingegangenen Stellungnahmen sind entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung gem. der Anlage 4 zu behandeln.
2. Die Aufhebungssatzung für den in der Sitzung ausgehängten Bebauungsplan „Gemeinschaftssiedlung Lehdorf“, LE 2 (Baublock 51/2 Urfassung), vom 24. November 1938 wird gemäß § 1 (8) in Verbindung mit § 10 (1) BauGB beschlossen.
3. Die zugehörige Begründung mit Umweltbericht zur Aufhebungssatzung wird beschlossen."

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Gegenstimmen beschlossen

- 15. Anträge–Fortsetzung**
(weitere Anträge i. S. v. § 14 Ziff. 9 Geschäftsordnung)

- 15.1. Natürliche Vielfalt stärken - Schottergärten vermeiden** **19-10647**
Antrag der CDU-Fraktion

- 15.1.1. Natürliche Vielfalt stärken - Schottergärten vermeiden** **19-10647-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann erklärt, dass im Rahmen der Vorberatung des Antrages 19-10647 eine geänderte Beschlussempfehlung abgegeben wurde und trägt den empfohlenen Beschlusstext vor. Ratsherr Köster bringt den Antrag 19-10647 ein, begründet diesen und beantragt die Abstimmung des Antrages in geänderter Fassung. Während der Aussprache beantragt Ratsherr Möller die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages. Ratsfrau Palm weist darauf hin, dass mit der Formulierung „Förderprogramm“ unter Punkt 1 des Beschlussvorschlages keine finanzielle Förderung, sondern viel mehr die Förderung einer Informations- und Öffentlichkeitskampagne gemeint ist. Im Anschluss an die Aussprache stellt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann die Punkte

des Beschlussvorschlages in geänderter Fassung einzeln zur Abstimmung.

Beschluss (geändert):

„**Neu 1)** Die Verwaltung wird gebeten, in das derzeit in Erarbeitung befindliche ökologische Förderprogramm ein weiteres Modul "Entsiegelung von befestigten Flächen auf Privatgrundstücken aufzunehmen.

Die Verwaltung legt bei der späteren Umsetzung des ökologischen Förderprogrammes einen besonderen Schwerpunkt in der Öffentlichkeitsarbeit auf eine Aufklärungskampagne hinsichtlich der ökologischen Vorteile naturnah gestalteter Vorgärten, um der weiteren Anlage von Schottergärten entgegenzuwirken.

Neu 2) Die Verwaltung wird ferner gebeten bei der Planung zukünftiger Baugebiete durch entsprechende textliche und gegebenenfalls zeichnerische Festsetzungen im Bebauungsplan sicherzustellen, dass keine weiteren Schottergärten entstehen.

Neu 3) Sollten diese textlichen und gegebenenfalls zeichnerischen Festsetzungen im Bebauungsplan nicht zielführend sein, wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob bei neuen Baugebieten der Erlass von örtlichen Bauvorschriften auf der Basis der entsprechenden Regelungen der Niedersächsischen Bauordnung zur Eindämmung von Schottergärten führen könnte. Dies sollte in Absprache mit im Wohnungsbau in Braunschweig engagierten Unternehmen geschehen.

Neu 4) Bei städtischen Bauvorhaben wie beispielsweise dem Bau von Schul- oder Verwaltungsgebäuden geht die Stadt mit gutem Beispiel voran und verzichtet bei der Gestaltung der Außenanlagen auf die Anlage von Schotter- und Kiesbeeten."

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung der einzelnen Ziffern:

Ziffer 1: bei fünf Gegenstimmen beschlossen

Ziffer 2: bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen

Ziffer 3: bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen

Ziffer 4: einstimmig beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-10647-01 wird zur Kenntnis genommen.

15.2. Kein Plastik in zukünftigen Wahlkämpfen **19-10648**
Antrag der BIBS-Fraktion

15.2.1. Änderungsantrag zu Ds. 19-10648: Kein Plastik in zukünftigen **19-10919**
Wahlkämpfen
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion

15.2.2. Kein Plastik in zukünftigen Wahlkämpfen **19-10648-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsherr Rosenbaum bringt den Änderungsantrag 19-10919 ein und erklärt, dass dieser den Antrag 19-10648 ersetzt. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelman über den Änderungsantrag 19-10919 abstimmen.

Beschluss Änderungsantrag 19-10919:

Der Rat möge beschließen:

Wegen der bedrohlich zunehmenden Vermüllung der Umwelt mit Plastikabfällen geht die Stadt Braunschweig mit gutem Beispiel voran und empfiehlt, in zukünftigen Wahlkämpfen auf die Verwendung von Plastik zu verzichten (Plakatierungen, Werbegeschenke, usw.).

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen beschlossen

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-10648-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 15.3. Vorlage der ersten Version des Flughafengutachtens aus dem Jahr 2017** **19-10685**
Antrag der BIBS-Fraktion
- 15.3.1. Vorlage der ersten Version des Flughafengutachtens aus dem Jahr 2017** **19-10685-01**
Stellungnahme der Verwaltung

Ratsherr Rosenbaum bringt den Antrag 19-10685 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, umgehend auch die erste Version des von amd.sigma/BPG erstellten Flughafengutachtens ("Strukturgutachten") dem Rat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen **abgelehnt**

Ergebnis:

Die Stellungnahme 19-10685-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 15.4. Dorfgemeinschaftshaus Rautheim** **19-10786**
Antrag der BIBS-Fraktion

Ratsherr Dr. Dr. Büchs bringt den Antrag 19-10786 ein, begründet diesen und beantragt die Verweisung des Antrages in den Planungs- und Umweltausschuss sowie in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit. Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann lässt sodann über den Antrag auf Verweisung in die Fachausschüsse abstimmen.

Beschluss (geändert):

Der Antrag 19-10786 wird zur Beratung in den Planungs- und Umweltausschuss sowie in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit verwiesen.

Abstimmungsergebnis (zum Verweisungsbeschluss):

einstimmig beschlossen

16. Anfragen

- 16.1. Die Braunschweigische Landessparkasse als "Bank für die Region" - Wie steht es um die mögliche Eigenständigkeit der BLSK?** **19-10784**
Anfrage der SPD-Fraktion

- 16.1.1. Die Braunschweigische Landessparkasse als "Bank für die Region" - Wie steht es um die mögliche Eigenständigkeit der BLSK?** **19-10784-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Oberbürgermeister Markurth (Stellungnahme 19-10784-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

Die Stellungnahme 19-10784-01 wird zur Kenntnis genommen.

- 16.2. Gelebte Unterstützung für Kiryat Tivon** **19-10783**
Anfrage der AfD-Fraktion

- 16.2.1. Gelebte Unterstützung für Kiryat Tivon** **19-10783-01**

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Oberbürgermeister Markurth (Stellungnahme 19-10783-01). Die Stellungnahme 19-10783-01 wird zur Kenntnis genommen.

**16.3. Energiearmut in Braunschweig
Anfrage der Fraktion Die Linke.**

19-10769

16.3.1. Energiearmut in Braunschweig

19-10769-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Arbogast (Stellungnahme 19-10769-01).
Die Stellungnahme 19-10769-01 wird zur Kenntnis genommen.

Ratsvorsitzender Graffstedt übernimmt die Sitzungsleitung. Es wird die zuvor unterbrochene Beratung von Punkt 5 der Tagesordnung fortgesetzt.

5. Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses

19-10374

5.1. Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses

19-10374-01

Nach Beratung der weiteren öffentlichen Tagesordnungspunkte sowie der Anfragen wird die Beratung des Tagesordnungspunktes wiedereröffnet. Ratsvorsitzender Graffstedt erklärt, dass für die Ratssitzung der Grundsatz der Öffentlichkeit gilt und ein Ausschluss der Öffentlichkeit vorgesehen ist, wenn das Bekanntwerden persönlicher, wirtschaftlicher oder anderer Verhältnisse erfolgt, die nachteilige Auswirkungen für eine Person haben kann. Anschließend wird die Aussprache in öffentlicher Sitzung fortgeführt. Nach der Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage in der Fassung der Ergänzung 19-10374-01 abstimmen.

Beschluss:

Herr Hakan Kiray wird als Vertreter der muslimischen Gemeinde als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss benannt.

Als stellvertretendes beratendes Mitglied der muslimischen Gemeinde wird Herr Dr. Sadiq Al-Mousllie benannt.

Abstimmungsergebnis:

bei zwei Gegenstimmen und sieben Enthaltungen beschlossen

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und schließt die Sitzung um 21:28 Uhr.

gez.

Markurth
Oberbürgermeister

gez.

Graffstedt
Ratsvorsitzender

gez.

Geppert
Protokollführerin